

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 10. Januar 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Bezugspreis:

Wochenschrift, 10. - 12. monatlich 20 - 25 Pfennig im Voraus, voraus zahlbar. Postbezugspreis monatlich 20 - 25 Pfennig. Einzelhefte 10 Pfennig. Unter Abdruck für Deutschland, Ostpreußen, das Saar- und Rheinlandgebiet, sowie die ehemals deutschen Gebiete Polens, Ostpreußen, Litauen und Kurland 25 - 30 Pfennig. Unter Abdruck für das übrige Ausland 70 - 80 Pfennig. Bestellungen nehmen an: Österreich, Ungarn, Böhmen, Slowakei, Dänemark, Holland, Kurland, Schweden und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Himmelt“ und der Beilage „Scheidung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Anzeigenpreis:

Die schlagzeilige Anzeigenliste kostet 2,- M. „Kleine Anzeigen“ das eingedruckte Wort 1,- M. (unabhängig von der Zeilenlänge), jedes weitere Wort 150 M. Stellenplätze und Schlußzeilen das erste Wort 150 M., jedes weitere Wort 1,- M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Annoncen Seite 1,- M. Die Preise verstehen sich einschließlich Anzeigenumschlag.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Beifrist von 9 Uhr früh bis 3 Uhr abends.

Tschitscherin nimmt die Einladung an.

In Cannes ist ein Telegramm des russischen Kommissars für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, eingetroffen, in dem es heißt, die russische Regierung nehme die Einladung zu der europäischen Konferenz mit Befriedigung an. Der Hauptvollzugsausschuß werde demnächst die Wahl der Delegation vornehmen und sie mit ausgedehnten Vollmachten ausstatten, so daß, selbst wenn „Bürger Lenin“ daran verhindert sein sollte, persönlich in Genua zu erscheinen, dafür Sorge getragen sein werde, daß die Konferenz von Seiten Russlands nicht verschleppt werde.

In der Frage des Wirtschaftskonfortiums zum Wiederaufbau Europas hat man sich nunmehr auf einen Vorschlag Loucheurs geeinigt, nach dem eine Hauptgesellschaft mit Sitz in London und einem Kapital von 2 Millionen Pfund Sterling gegründet wird, an die in den interessierten Ländern Tochtergesellschaften mit einem Kapital in der jeweiligen Währung des Landes angeschlossen werden.

Ueber den Garantievertrag für Frankreichs Sicherheit ist es zu einem festen Entschluß noch nicht gekommen. Es scheinen Rückfragen nach Paris und London nötig geworden zu sein. Nach englischen Meldungen wird der Garantievertrag in seiner jetzigen Form von England, Italien, Belgien und Frankreich unterzeichnet werden; von anderer Seite hört man, daß es sich zunächst nur um englisch-französische Vereinbarungen handle, in denen u. a. die Neutralisierung der Rheinlande eine große Rolle spiele, und die den Kern für die spätere Errichtung der „Vereinigten Staaten von Europa“ bilden. Es wäre zwecklos, an diese Gerüchte einen Kommentar zu knüpfen.

Als Reparationssumme für das Jahr 1922 nennt man jetzt die Summe von 720 Millionen gegen 500 Millionen ursprünglich und später 700 Millionen. Frankreich solle auf diese Weise sein gesamter Reparationsanteil für 1922 garantiert werden.

Russlands Außenhandelsmonopol.

Wie die O.E. aus Moskau meldet, hat die Oberste Wirtschaftskommission in der Frage des Außenhandels den Grundgedanken des stellvertretenden Kommissars für Außenhandel, Sefhara, zugestimmt, nach denen das staatliche Außenhandelsmonopol aufrechterhalten bleibt und die Vollmachten der auswärtigen Handelsdelegationen erweitert werden. Die Genossenschaften und ähnliche Produktionsgemeinschaften sollen auch weiter eine Vorzugstellung einnehmen, indem man ihre Handelsbeziehungen mit dem Ausland, die sich unter Aufsicht des Außenhandelskommissariats abwickeln, begünstigt. Damit scheint der Kampf um die zweckdienliche Gestaltung des Außenhandels in Russland zu einem vorläufigen Abschluß gekommen zu sein. Auf dem rechten Flügel der russischen Regierungsveteren glaubte man unter den obwaltenden Umständen um eine völlige Frei-

gabe des Außenhandels nicht herumkommen zu können. Sachkenner von Rang schlossen sich diesem Urteil an. Man wird zugeben müssen, daß sich die Sowjetregierung in einer schwierigen Lage befindet. Auf der einen Seite die gewaltige Aufgabe, Russland mit Hilfe des auswärtigen Kapitals wieder aufzurichten, auf der anderen Seite die drohende Gefahr, dem auswärtigen Kapital auf Gnade und Ungnade ausgeliefert zu werden. Ob allerdings die staatliche Handhabung des Außenhandels genügt, um diese Gefahr abzuwenden oder auch nur erheblich einzuschränken, ist eine Frage, deren Entscheidung wir uns vorbehalten müssen. Auf jeden Fall wird Russland keinen leichten Stand und deshalb seine besten und rationellsten Köpfe notwendig haben.

Eines Scheiterns kann man sich nicht erwehren, wenn die Pariser Konferenz der russischen Industriellen erklärt, die internationalen Aufbaupläne für Russland seien nicht geeignet, die europäische Wirtschaftskrise zu lösen, und würden vom russischen Volk nur als Ausbeutungserfuche empfunden werden. Doch wohl, weil man vergessen hat, die „russischen“ Industriellen in Paris an dem Geschäft zu beteiligen?

Trostlos aber ist es, wenn sich Pariser Vertreter der ehemaligen russischen Konstituante zu einer Kundgebung hergeben, in der es heißt: die wirtschaftlichen Zustände der Sowjetregierung an das Ausland verknüpfen die Interessen der ausländischen Regierungen mit dem Weiterbestehen des bolschewistischen Regimes in schädlicher Weise. Die Anerkennung der Sowjetregierung durch das Ausland könne sie keinesfalls zu einer gesühnlichen Vertretung des russischen Volkes machen. Da hat man die „Alles-oder-Nichts-Theoretiker“ von der anderen Seite, die eher das Vaterland allen Schrecken eines finstlichen Untergangs preisgeben, als Parteizustände zu machen.

Dollar wieder 174!

An der Berliner Börse beurteilt man das Moratorium deshalb ungünstig, weil es immerhin für das laufende Jahr unter Einfluß der Sachleistungen eine Belastung Deutschlands mit mehr als 2 Milliarden Goldmark darstellt, und deshalb ein Ende der Inflation nicht abzusehen ist. Außerdem ist man der Meinung, daß die geforderte Erhöhung der Kohlenpreise, Eisenbahn- und Posttarife und Zölle im hohen Grade verfeuert auf alle Lebensbedürfnisse wirken und deshalb auch wieder die Inflation fördern muß. Infolgedessen zeigte sich heute eine sehr starke Nachfrage nach Devisen. Der Dollar, der vorbörslich noch mit 166 gehandelt wurde, stieg im Verlaufe der ersten Börsensunde auf 174. Der Effektenmarkt lag sehr still, da man von den Bedingungen, die an das Moratorium geknüpft werden, eine Rahmlegung der deutschen Industrie befürchtet.

Zeichen dafür, daß auch der Parteitag sich dessen bewußt ist, was unter diesem gegenwärtig möglichen Maximum zu verstehen ist. Hilferding betont, daß kein Unabhängiger bei einer Einigung an die Aufgabe seiner Ueberzeugung denke. Jedermann weiß aber, daß ein solches Ueberzeugungsoffer nicht von unserer Seite, sondern lediglich von kommunistischer Seite verlangt wird. (Verhandlungsbericht auf der 3. Seite.)

Die Eisenbahnerbewegung im Westen.

Neue Verwicklungen in Sicht.

Mün., 10. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Partei Münchens hat gestern an die Reichsregierung folgendes Telegramm gerichtet:

„Die Differenz über die Auffassung der Abmachungen zwischen Reichsregierung und Eisenbahnerorganisationen betrifft der Befähigungszulagen droht zu neuen Verwicklungen zu führen. Wenn das eintritt, steht das Rheinland vor außerordentlichen politischen Konsequenzen. Wir bitten dringend um beschleunigte Erledigung.“

Gleichzeitig wurde an den sozialdemokratischen Parteivorstand in Berlin das nachstehende Telegramm gerichtet:

„Wenn es nicht gelingt, über die verschiedene Auffassung wegen der zwischen der Reichsregierung und den Eisenbahnerorganisationen getroffenen Abmachungen über die Befähigungszulagen umgehend zu einer Einigung zu kommen, drohen außerordentliche politische Konsequenzen für das Rheinland. Wir bitten dringend, auf die Reichsregierung in diesem Sinne einzuwirken.“

Nordamerikas Botschaft in Berlin. Der Botschaftssekretär Donnet de Saint Quentin ist mit den Funktionen eines Botschaftsrats in Berlin betraut worden.

Nach Rußland unterwegs.

Von Carl Bollmerhaus.

Riga, 7. Januar.

Unser Schiff „Christian Ruf“ mit seiner Ladung an Lebensmitteln, Medikamenten und Kleidung, im ganzen 1100 Tonnen, die für die russische Hilfsaktion des Internationalen Gewerkschaftsbundes Amsterdam bestimmt ist, landete am 2. Januar vormittags in Riga. Die Umladung in russische Waggons ging flott von statten. Es sind 64 Waggons, von denen 23 schon am 3. Januar und 24 am 5. nach der russischen Grenzstation abgingen. Der Rest folgt wegen eines dazwischen liegenden Feiertages erst am Sonnabend, den 7.

An der Grenze werden zwei Züge daraus zusammengestellt, sie gehen dann gemeinsam über Moskau nach dem Tschuwassengebiet. Kasan, Tscheljabinsk dienen als Stützpunkte. Die Bezirke Turlama, Urmari, Schikharny, Burnary und Ibreffi sind die Verteilungsorte.

In diesem Distrikt befinden sich zirka 108 000 hungernde Kinder. Auf beiden Seiten der Eisenbahnlinie Moskau-Kasan werden Küchen errichtet werden. In etwa 14 Tagen gedenken wir an Ort und Stelle zu sein.

In diesem kurzen ersten Reisebericht dürfen wir vor allem der Rigaer Genossen und Gewerkschaftscollegen nicht vergessen. Sie verdienen großen Dank für ihre Mithilfe, vor allem die Genossen Moritz, Bestalzen, Bismy, Kainin und anderer Genossen, insbesondere diejenigen, die uns bei der Beaufsichtigung der Entladung behilflich waren.

Hervorgehoben zu werden verdient das entgegenkommende Verhalten des Finanzministers und des Ministerpräsidenten, mit denen ich eine Rücksprache nehmen mußte.

Die amerikanische Relief Administration (Hilfskomitee Ranten) entließ zur gleichen Zeit ein Schiff von 1900 Tonnen Lebensmittel für Samara, auch sie fand verständnisvollstes Entgegenkommen der Behörden.

Nicht uninteressant ist, daß ich gestern Gelegenheit hatte, die lettischen Genossen auf ihrem Parteitag zu begrüßen.

Aus dem Organisationsbericht, den der Genosse Kainin gab, ging hervor, daß trotz der wirtschaftlichen Krise, die in Lettland infolge der Kriegszerstörung der gesamten Industrie herrscht, die sozialdemokratische Partei Lettlands in ihrer Organisation stabil geblieben sei. Der hohe Geldkurs, der künstlich aufrechterhalten wird, gestattet der noch vorhandenen Industrie nicht, zu konkurrieren. Die sozialdemokratische Partei ist gespalten in Regierungssozialisten, sozialdemokratische Partei und Kommunisten. Die Regierungspartei ist eine Minderheit, ebenfalls die Kommunisten. Letztere können nur illegal arbeiten, weil ihre Organisation verboten ist. Für die sozialdemokratische Partei ist deshalb der Kampf gegen die Kommunisten sehr schwer zu führen, weil sie unter solchen Verhältnissen leicht Gefahr laufen, der Denunziation bezichtigt zu werden.

Der Genosse Stefonska überbrachte dem Parteitag die Grüße der menschenwichtigen Partei Russlands. Er meinte, je opportunistischer die Bolschewiki in Russland würden, desto schlimmer wüdet sie gegen die Menschewisten. Alle Genossen schmachteten im Gefängnis.

Der Parteitag nahm eine Resolution an, die gegen diese Schmach protestiert.

Der Parteitag machte in der Behandlung taktischer Probleme einen durchaus einseitigen Eindruck. Auch die Frage der Koalition betrachten alle führenden Genossen als eine Frage der Taktik und nicht des Prinzips.

Die wirtschaftliche Lage Lettlands ist, wie schon gesagt, nicht günstig. Riga ist von einer Einwohnerzahl von 560 000 vor dem Kriege auf 150 000 gesunken. Verdienstmöglichkeiten gibt es durch den Transport des Rigaer Hafens, besonders durch die Ausfuhr von Holz. Mit Wägen sieht man schon der vollständigen Entwaldung Lettlands entgegen. Die Industrie ist vollständig vernichtet. Von den über 100 000 Industriearbeitern sind nur zirka 20 000 übrig geblieben. Die Fabrikgebäude zeigen entweder eine gähnende Leere oder sie sind mehr oder weniger zerstört. Die Verdienste der Arbeitnehmer schwanken im Durchschnitt zwischen 60-120 Rubel für Frauen und 120-200 Rubel für Männer pro Tag. Der Reallohn ist auf ein Drittel, ja bis auf ein Viertel gesunken!

Von allen Reisenden wird behauptet, daß Riga die teuerste Stadt Europas sei.

Von dem Aufschwung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und dem Westen, von dem jetzt alles spricht, erhofft man auch hier neue, bessere Zeiten.

Frankfurt 10. Januar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Riga vom 9. Januar: Hier wollte von London kommend auf der Durchreise nach Moskau der Leiter der amerikanischen Hilfsaktion für Rußland, Colonel Hostet, in einer Unterhaltung mit einem Pressevertreter teile er mit, es sei beschlossen worden, die Hilfsaktion für Rußland im Februar ganz bedeutend auszu dehnen. Es sollen nicht wie bisher nur Kinder, sondern auch We-

Das Maximum an Einheit.

V. Sch. Leipzig, 10. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Das Problem der Einigung beherrscht weiter die Beratung des U.S.P.-Parteitages. Es ist dabei gegenüber früheren Tagungen der Unabhängigen ein unzweifelhafter Fortschritt festzustellen. Von einer Einigung ausschließlich auf dem Boden der Grundzüge der U.S.P. ist nicht mehr die Rede. Wohl kann man bei manchen Rednern eine Verzerrung oder zumindest eine Verkennung der politischen Beweggründe der sozialdemokratischen Partei feststellen. Unsere Koalitionspolitik wird vielfach eine mutwillige Preisgabe des Klassencharakters unserer Partei und der Interessen des Proletariats, der Drang nach Einigung in den Reihen unserer Anhänger wird als eine Folge der Enttäuschungen über die Koalitionspolitik hingestellt. Trotzdem ist bei den meisten Rednern das offenkundige Bestreben vorhanden, keine künstlichen Mauern nach rechts aufzurichten. Die schon längst festgestellte Tatsache, daß die U.S.P. weit näher der SPD, als den Kommunisten steht, kommt auch in fast allen Diskussionsreden zum Ausdruck; freilich nicht bei allen. Die heutige Rede Kurt Rosenfelds war ein treffendes Beispiel dafür, daß es noch immer prominente U.S.P.-Führer gibt, die das Wiederholen der ältesten radikalen Schlagworte nicht lassen können. Er verwickelt sich dabei in Widersprüche: Auf der einen Seite betont er den demokratischen Charakter der U.S.P., die nicht, wie angeblich die SPD, die Masse der Genossen durch eine Parteibureaucratie majorisieren, gleich darauf aber begrüßt er die Erneuerung des Bekennnisses zur Diktatur des Proletariats im neuen Manifest. Vor ihm hatte dagegen Hilferding in seiner Rede das Schwerkgewicht des Manifests auf den Sach gelegt, wonach die U.S.P. das unter den gegenwärtigen Verhältnissen mögliche Maximum von Einigkeit erziehen sollte, und der Beifall, der seine Ausführungen unterstrich, ist ein

wachsende gepfeilt werden, und zwar anstatt der einen Million Kinder in Zukunft zwei Millionen Kinder und dazu fünf bis zehn Millionen Erwachsene. Die Sowjetregierung habe zu diesem Zweck 200 Lokomotiven und 8000 Waggons bereitgestellt. Es seien von der Regierung der Vereinigten Staaten gespendete zwanzig Millionen Bushels Korn bereits unterwegs, und weiterhin sei der von Amerika für Moskau gewährte Kredit von zwanzig Millionen Dollar schon für Getreidekäufe verwendet worden. In den baltischen Häfen treffen mit jedem Tage größere Mengen für Rußland bestimmter Lebensmittel ein.

Verfrühter Jubel.

Von der Redaktion der „Gleichheit“ wird uns geschrieben: Die zweite Reichsfrauenkonferenz der USPD, welche am 7. und 8. d. M. in Leipzig stattfand, beschäftigte sich nach einem Bericht der „Freiheit“ bei der Aussprache über das Referat von Luise Zieg über „Agitation und Presse“ auch mit dem Abonnementstand der „Gleichheit“. Frau Mathilde Wurm führte dazu nach dem Bericht der „Freiheit“ aus:

„Die Reichssozialisten haben bei 200 000 weiblichen Mitgliedern nur 11 000 Abonnenten auf die „Gleichheit“. Dies erfordert einen Zuschuß von 100 000 Mark.“

Auf Grund dieser Ausführungen sagt die „Freiheit“:

„Es mag sein, daß unsere Frauenbewegung zahlenmäßig hinter der der rechtssozialistischen Partei zurücksteht; was aber ihre Bedeutung und ihren geistigen Gehalt kennzeichnet, das ist die Tatsache, daß die Auflage der „Kämpferin“, unseres Frauenorgans, fast viermal so hoch ist, als die der „Gleichheit“, des rechtssozialistischen Frauenblattes.“

Diese Angaben sind unrichtig. Unsere „Gleichheit“ hat 1920 eine schwere Krise durchgemacht. Es war damals vom Parteivorstand beschlossen worden, unsere Frauenzeitschrift, die bis dahin vierzehntägig erschien, wöchentlich erscheinen zu lassen und ihr außerdem eine Wochenbeilage („Die Frau und ihr Haus“) vierzehntägig beizugeben. Diese Neuerungen bedingten, daß der Preis damals in einem ungewöhnlichen Verhältnis zu dem früheren erhöht werden mußte, was leider einen allmählichen Rückgang der Abonnementzahl bis zu dem obengenannten Tiefstand im November 1920 zur Folge hatte. Am 1. Januar 1921 erschien unser Blatt wieder vierzehntägig, abwechselnd mit der Kinder- und Wochenbeilage. Bei reger Verarbeitbarkeit von da an die Zahl der Leserinnen ständig, so daß der Parteivorstand in seinem schriftlichen Bericht an den örtlichen Parteitag schon 25 000 Bezieherinnen nennen konnte. Ein Zuschuß war im dritten Quartal 1921 überhaupt nicht mehr erforderlich, sondern im Gegenteil konnte ein kleiner Ueberschuß gebucht werden.

Im Dezember 1921, also gut ein Jahr nach dem tiefsten Stand, hatte die „Gleichheit“ wieder eine Auflage von 32 000, und wenn unsere Genossen und Genossinnen in allen Bezirken weiter für die „Gleichheit“ so arbeiten wie bisher, wird dieser erfreuliche Aufschwung anhalten.

Nach dem Bericht der „Freiheit“ hat die „Kämpferin“, das Frauenorgan der USPD, eine Auflage von 38 500 Exemplaren, also wirklich nicht viermal soviel als die „Gleichheit“, sondern nicht ganz 7000 mehr. Dabei ist aber zu berücksichtigen, daß die „Kämpferin“ von einigen gewerkschaftlichen Organisationen ihren weiblichen Mitgliedern obligatorisch geliefert wird, während unsere „Gleichheit“ selbstverständlich nirgends als Konkurrenzorgan gegen die „Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ auftritt. Unser Leserkreis setzt sich aus politisch organisierten und interessierten Genossinnen zusammen.

Hieraus ergibt sich, daß der Abonnementstand der „Gleichheit“, richtig betrachtet, hinter dem der „Kämpferin“ nicht zurückbleibt. Trotzdem haben wir es nötig, sehr fleißig für die Verbreitung der „Gleichheit“ zu werben, nicht, um mit der „Kämpferin“ ein Wettrennen zu machen, sondern weil es im Interesse der Entwicklung unserer demokratischen Republik um sozialistischen Staatswesen notwendig ist, daß immer mehr unserer organisierten Genossinnen zu zielklaren und wertbewußten Mitkämpferinnen werden.

Die Verhandlungen mit den Beamten sind auf Mittwoch vormittag verschoben worden, da der Reichsfinanzminister über die geistige Zusammenkunft der Finanzminister der Länder zunächst dem Kabinett Bericht erstatten wird.

Der Krach in der KPD.

Hamborn gegen die Zentrale.

Das Zentralorgan der Kommunisten, die „Rote Fahne“, weiß ihrer Leserschaft jeden Tag neue Mitteilungen von Mitgliederzunahmen in irgendeinem Bauernbunde zu machen, nur vergißt sie, ihren Zählern auch über den Parteikrampf selbst und die Verluste genauer zu berichten. Nach uns zugegangenen Mitteilungen ist der Mitgliederverlust der kommunistischen Sektion im Rheinland und Westfalen außerordentlich stark und selbst Hamborn, in dem sich nach Clara Zetkin das reißende Proletariat der Welt befindet, weil dort ein großer Teil der Arbeiter zu den Kommunisten gehört, hat jetzt der kommunistischen Parteizentrale die Fehde angehängt. Am 4. Januar fand eine Funktionärsitzung der KPD statt, in der nach einem Referat der Kommunisten Stäcker und Franken der sofortige Rücktritt der Zentrale und die Einberufung eines außerordentlichen Parteitag zur Festigung innerer Parteiverhältnisse gefordert wurde. Weiter beantragten die Funktionäre, daß der von der Parteizentrale mißbilligte Artikel Friesslands „Parteilastige Fragen“ umgehend in der „Düsseldorfer Freiheit“ veröffentlicht wird. Gleichzeitig wurde das Vorgehen der Opposition als berechtigt durch die von der Zentrale begangenen Fehler anerkannt, und vom Zentralkomitee gefordert, daß die berechtigten Forderungen der Opposition beraten werden.

Sicherung der Papierversorgung.

Im Reichsverkehrsministerium fand auf Veranlassung der Vereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger eine Besprechung über die Sicherung der Versorgung der Presse mit Zeitungspapier statt. Der Vorsitzende Geheimrat Wehrhahn gab bekannt, daß vom Reichsverkehrsministerium die nachgeordneten Stellen angewiesen sind 1. unter allen Umständen die nötige Zahl an Waggons zum Transport von Zeitungspapier zu stellen, 2. im Notfall unbedingt Zeitungspapier in Güterzügen zu befördern, 3. bei telegraphischer Vormeldung an die Empfangsstationen stattfinden sollte. Ferner gab er der Bereitwilligkeit Ausdruck, den Eisenbahndirektionen zu empfehlen, im Falle der Verhängung von Sperren eine Ausnahme für Zeitungspapier eintreten zu lassen. Der Vorsitzende wies besonders auf die Notwendigkeit hin, Vorräte von Zeitungspapier an den Verbrauchszentren zu schaffen, und stellte dabei die Beihilfe des Reichsverkehrsministeriums in Aussicht.

Zur Erhöhung der Kartoffelpreise.

Gegenüber der am Sonnabend durch die RFA verbreiteten Nachricht, daß mit einer merklichen Steigerung der Kartoffelpreise zu rechnen sei, da in den nächsten Tagen bereits eine Erhöhung der vom Reichsernährungsministerium festgesetzten Richtpreise für Kartoffeln um 10 M. pro Zentner erfolgen solle, erläßt das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Verächtigung, in der es heißt:

„Diese Nachricht, die geeignet ist, in Konsumzentren berechtigte Erregung hervorzurufen, entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Zunächst sei bemerkt, daß vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft bisher Richtpreise nicht festgesetzt worden sind und auch in Zukunft eine solche Festsetzung nicht beabsichtigt ist.“

In einem Rundschreiben vom 26. November 1921 hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft den Ländern empfohlen, örtliche Kommissionen zur Ermittlung von Angemessenheitspreisen für Kartoffeln einzusetzen, die paritätisch aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten zusammengesetzt sein sollen. Als Schmelzpreis für die Berechnung der Kartoffeln wurde in diesem Rundschreiben ein Preis von 70 Mark für den Zentner empfohlen, der vom Ende September durch die Notierungskommission ermittelten Preis von 45 bis 50 M. ausgeht und im übrigen der seit dieser Zeit eingetretenen Preissteigerung und der verteuerten Lebenshaltung Rechnung trägt. Trotzdem haben die örtlichen Kommissionen in den meisten Bezirken diesen Preis von 70 M. noch erhöht. Nach Ansicht des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft liegt daher zurzeit zu einer weiteren Erhöhung der Erzeugerpreise in den einzelnen Bezirken keine Veranlassung vor.

Leider haben die deutschen Verbraucherkreise immer und immer wieder erleben müssen, daß das Reichsernährungsministerium dem Druck der Landwirtschaft nach Freigabe und Erhöhung der Preise

für landwirtschaftliche Produkte nicht den nötigen Widerstand entgegengelegt hat. Gerade heute ist unter Verletzung der Geldwertwertung eine Erhöhung der Kartoffelpreise gegenüber dem November keineswegs gerechtfertigt, die Markt steht heute ganz erheblich besser als Ende November, wo der Dollar um 300 Stand und das Rundschreiben des Reichsernährungsministeriums „als Schulbeispiel“ 70 M. empfohlen hat. Die Verteuerung der Lebenshaltung trifft andererseits die Landwirtschaft am geringsten.

Die Landtagswahlen in Braunschweig.

Der Landtagswahlkampf in Braunschweig hat mit voller Kraft eingesetzt. Die Wahl findet am 22. Januar statt und soll über die 60 Mandate des Landtags entscheiden. Bisher stand eine Mehrheit von 32 Sozialisten der verschiedenen Richtungen (20 Unabhängige, 9 Sozialdemokraten, 3 Neukommunisten) insgesamt 28 bürgerlichen Abgeordneten gegenüber, von denen 5 Demokraten waren und 23 dem deutsch-weiß-wolksparteilichen Landeswohlverbände angehörten. Der Kampf um die Erhaltung der sozialistischen Mehrheit wird schwer sein, weil allem Anschein nach die Unabhängigen auch hier bedeutende Verluste erleiden dürften, wozu die persönlichen Angriffe auf ihren örtlichen Führer, Sepp Deter, viel Anlaß geben. Derter trat zwar nach der Veröffentlichung eines gravierenden Briefes von der Spitze des Ministeriums zurück und nach seinem Abschied ist gegen ihn ein Verfahren wegen Bestechung eingeleitet, aber die Unabhängigen haben ihn trotzdem an zweiter Stelle auf ihre Liste gesetzt. Die vom Abgeordneten Bogt herr redigierte unabhängige „Freiheit“ richtet ihren Hauptangriff nicht gegen die Bürgerlichen, sondern auch gegen die alte Sozialdemokratie, und wenn sie mit diesem Kampfe Erfolg hätte, müßte das gerade zur Niederlage der sozialistischen Mehrheit führen. Zum Glück wendet sich aber die Arbeiterbewegung auch in Braunschweig vom Zerplittern entschieden ab. Davon legte die Versammlung Zeugnis ab, mit der die Partei in Braunschweig-Stadt den Wahlkampf eröffnete und wo Kommunisten und Unabhängige uns einst ganz zurückgedrängt hatten. Die Versammlung füllte den größten Saal der Stadt bis zum letzten Platz und setzte sich zum Teil aus Unabhängigen und auch bisher kommunistischen Arbeitern zusammen. Trotzdem wurden die Referate der Genossen Löbe, Berlin und Steinbrecher-Braunschweig mit einmütigem Beifall aufgenommen und auf jede Debatte von gegnerischer Seite verzichtet. In Wolfenbüttel fanden zwei kommunistische Diskussionsredner fast gar keinen Anklang mehr. In den letzten drei Tagen fanden über 20 Versammlungen unserer Partei auf dem Lande statt. Draußen hat sie sich durch ihre Siedlungspolitik eine große Anhängererschaft erworben. Für diese Woche sind die Abgeordneten Genossen Müller-Franken für die Sozialdemokratie, Koch-Weber und Hefflerich für die Bürgerlichen angekündigt.

Der dalmatinische Konflikt.

Rom, 9. Januar. (EP.) Wie die offiziöse „Tribuna“ mitteilt, wird Italien die auf Grund des Waffenstillstands besetzte Südlawische Zone Dalmatien nicht räumen, bis Belgrad das Abkommen zum Schutze der italienischen Minderheiten annimmt. Seit der Pause vom letzten Mai sind die Verhandlungen nicht wieder aufgenommen worden, obwohl die italienische Regierung stets den besten Willen zu einer Verständigung gehabt hat. Der italienische Minister des Auswärtigen hat zudem dieser Tage seinen Gesandten in Belgrad beauftragt, für die Belästigungen der italienischen Marineoffiziere in den dalmatinischen Häfen nach nur Benützung, sondern auch die Bestrafung der Schuldigen zu verlangen.

In der „Globe“ nimmt Genosse Wendel Anlaß, eine Nebenbemerkung des „Vorwärts“, daß die dalmatinischen Hafenstädte zur Volksmehrheit italienisch seien, zu berichtigen; die große Mehrheit sei slawisch. Wir machen von der genaueren Kenntnis Wendels gern Mitteilung, ohne im übrigen auf seine Grobheit einzugehen. In den Konflikten zwischen Italien und Südslawien fühlen wir uns recht neutral.

Die neuen Gütertarife. Der Bezirks-Eisenbahnrat für die Eisenbahndirektionen Berlin, Stettin und Berlin-Oden stimmte der Erhöhung der Gütertarife um 80 Proz., die für den 1. Februar 1922 beabsichtigt ist, ferner Vor schlägen zur Abänderung der Tarifgruppen zu. Sonderwünsche, die sich auf eine Schonung gewisser Güterarten beziehen, werden von der Eisenbahnerverwaltung besonders verfolgt werden.

Gebote gegen die Grippe.

Die Grippeepidemie, die uns jetzt wieder heimgesucht hat, ist zwar im Abklingen, und sie hat sich auch diesmal nicht von so fürchterlicher Seile gezeigt wie früher. Trotzdem besteht die Grippegefahr noch fort, und sie dürfte wohl den ganzen Winter über anhalten. Deshalb werden einige Gebote zur Abwendung dieser Erkrankung, die ein Arzt erteilt, willkommen sein. Da wir nun einmal mit Menschen zusammen leben und uns unter keine Glasglocke setzen können, so werden wir uns der Gefahr, daß der Grippebazillus auf uns übertragen wird, nie ganz entziehen können. Wenn wir also den Angriffen dieses gefährlichen Krankheitserregers mehr oder weniger schutzlos ausgeliefert sind, so bleibt uns nur übrig, den Gegenstand des Angriffs möglichst widerstandsfähig und kräftig zu erhalten. Da ja ein geschwächter Körper dem Eindringen des Bazillus viel leichter erliegt und feiner schädlichen Einwirkung bessere Möglichkeiten gewährt, so müssen wir für die möglichst beste Allgemeingesundheit sorgen. Irigendwelche Medikamente, wie z. B. Chinin und ähnliche, haben wenig Sinn. Der Grippebazillus, der uns bedroht, nimmt irgendeine Schwäche unserer geistigen und körperlichen Konstitution wahr, um uns zu überfallen. Dazu muß man ihm keine Gelegenheit geben. Man soll deshalb alle unnötigen Ermüdungen, jede Erschlaffung des Körpers durch Extravaganzen vermeiden; man soll nie zu lange ohne Mahlzeit bleiben, den Rumpf warm halten und die Füße trocken, den Blutkreislauf durch körperliche Übungen günstig beeinflussen. Man soll nicht von der Grippe sprechen und nicht an sie denken, soll sich von Klagen fernhalten, die uns mit ihrer Angst anstecken. Will man etwas Uebrires tun, so kann man Afterschwämmen mit einer schwachen Lösung von übermanganäurem Kalium machen und sich mit derselben Lösung, der etwas Salz zugefügt ist, den Mund spülen.

Gallspiel Leo Slezak. Wie schön ist es, daß mit in der Oper neben dem viel gehörten Verdi nun auch ein leichtes, reiches, von musikdramatischem Geist Wagner-beflügeltes Werk hören, den „Dietrich“. Von Carlos, Kallstall sollen, müssen hier folgen. Wenn alle Aufführungen so gute Spieler aufweisen, wie die gestrige, wie Siedler mit rohem Angst und Abstrich aufgeben ließ, so wollen wir zufrieden sein. Slezak ist ein Affe an Körperkraft und Gewicht, plump in der Bewegung der Arme, im Widersprechen, im Scheitern. Gutmütig und ehrlich wie alle Kolosse, gleitet er schwer von der Weichheit des ersten zur brutalen Heftigkeit des zweiten Aktes. Einzelheiten fallen als Spielergebnisse auf: das Aufwachen beim ersten Verdacht der Untreue Desdemona, das Wegstreichen böser Gedanken aus der Stirn, das fassungslos Ertrinken, das tierisch-wilde Wutgeheul, das härenartige Auf und Ab eines gescheiterten Wahnsinns. Manches Wort fällt belläufig, amüßlich, wie aus anderer Welt, nicht frei von Nachhabeperle. Gefanglich bleibt der Anfang durch ein Rechenroster hindurch strahlend hasten, dann

schont sich der Gast, der in der Gefangenschaft ein paar Stunden bloßlegt. Der dramatische Othello des zweiten und dritten Aktes legt alle Bedenken weg, eine Kraft wälzt sich über die Bühne, packend und mit dem Schmelz der schönen Stimme, bezaubernd auch da, wo zwischen Gewalt und Schülern Uebergänge lieb wären. Zuletzt ein ganzer Erfolg, köstlich belohnt. Neben ihm, nicht nach ihm, die Kemp. Sie zwingt ihrem Sopran Reize ab, die er nur unwillig herzugeben scheint, wenn sie Taube, Santimut, Schächternheit und rührende Liebe ist. Im Schrei des Entsetzens und der Unschuld rafft sie sich unflüchtig zur Größe eines im Tiefsten getroffenen Weibes empor. Wundervoll im „atemberaubenden“ Augen, im zitternden Schritt. Jago war ein Gast Gabor aus Dessau. Wo blieb die Berliner Baritonorgel? Eine charaktervolle Leistung, ein guter Sprecher, eine fließend läppige Stimme, fast zu unklar für den Dämon des Unheils und den Geist der Vergiftung. Es schien, als ob sich Slezak, Kemp, Gabor, Siedler gegenseitig anfeuert. Gebt uns mehr von solchem Feuer!

Kommt die 24-Stunden-Zeit? Wie die „Uhrmacherzeitung“, das Organ des Zentralverbandes der deutschen Uhrmacher, mitteilt, hat der Vertreter des Verbandes im Reichsverkehrsministerium in Erschöpfung gebracht, daß die Einführung der 24-Stunden-Zeit in Deutschland zunächst noch nicht beabsichtigt ist. Der Wunsch, daß auch Deutschland wenigstens im Eisenbahnverkehr die 24-Stunden-Zeit einführe, wurde bei der kürzlich in Berlin stattgefundenen europäischen Jahnkonferenz laut. Außer Holland und Dänemark haben nämlich jetzt alle an Deutschland grenzenden Länder die durchgehende Stundenabzählung eingeführt, zuletzt Österreich und die Tschechoslowakei. Im internationalen Eisenbahnverkehr macht es Schwierigkeiten, wenn Deutschland bei der alten Einteilung des Tages bleibt. Im Reichsverkehrsministerium hat man deshalb den Wunsch, für die deutschen Eisenbahnen die 24-Stunden-Zeit einzuführen. Da aber dann die Fahrpläne geändert werden müssen, soll die Einführung mit Beginn eines neuen Fahrplanes erfolgen, frühestens zum 1. Juni 1923. — Das Reichsverkehrsministerium hat sich übrigens an die anderen in Betracht kommenden Ministerien mit der Bitte um Stellungnahme gewandt. Es ist interessant, daß die meisten der befragten Stellen erklären, daß ein Bedürfnis für die 24-Stunden-Zeit nicht vorhanden sei, daß aber auch keine Bedenken beständen. Auf die Kostenfrage und vor allen Dingen den alls wirtschaftlichen Schaden macht auch die „Uhrmacherzeitung“ aufmerksam. Sie erinnert daran, daß sämtliche Emalzeisenblätter aus der Schweiz kommen und heute ein solches Zifferblatt 4 bis 7 Franken, d. h. 140 bis 245 M. kostet. Die Zifferblattänderung würde also erhebliche Kosten verursachen.

Die erste Stadt mit vollautomatischem Telefonbetrieb. Aus München wird geschrieben: Im Laufe dieses Jahres werden noch die beiden Vororte Münsing, Sendling und Pasing, den automatischen Telefonbetrieb erhalten. Dann wird das Fernsprechnetz vollständig automatisiert und München die erste Stadt Deutschlands sein, die vollständig automatischen Telefonverkehr besitzt. Der Münchener automatische Fernsprecherbetrieb ist aber auch der größte seiner Art, etwa 70 000 Rufnummern sind dem selbsttätigen System angeschlossen. Der Ausbau dieses Systems hat, wenn man von den Kriegsjahren abseht,

Ein Märtyrer der Wissenschaft. Wenn jemand jahrelang nichts tut als Stachmücken fängt und untersucht, so hat das für die meisten Menschen etwas fürchterlich Komisches. Für sie ist eben Stachmücke Stachmücke. Sie ahnen nicht, daß es schon in unserem kleinen Deutschland ungefähr dreißig verschiedene Arten gibt, welche sich auf mehrere Gattungen verteilen und für uns von sehr verschiedener Bedeutung sind. Nicht nur jucken die Stiche einiger Arten viel empfindlicher als die anderer, während letztere, die Anopheles, gerade diejenigen sind, welche uns das Fieber einimpfen können. Auch die Bienen noch unserem Blut ist offenbar sehr ungleich. Mit diesen Worten beginnt der Allseitig am Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Dr. Martini, einen Vortag in der „Mensch“, in dem er sich mit der Frage beschäftigt: „Wen stechen unsere Stachmücken?“

Die Verjude Dr. Martini haben aber für den, der sie näher betrachtet, durchaus nichts Komisches, sondern lassen ihn als einen wahren Märtyrer der Wissenschaft erscheinen. Er hat sich nämlich von den verhasstenstesten Mückenorten wiederholt selbst stechen lassen und dabei festgehalten, daß unsere gemeine Hausmücke den Menschen verhältnismäßig sehr selten sticht. Um diese Frage zu klären, ließ er ein Bett und ein Aquarium mit Mückenlarven gut abschließen; in jedes dieser beiden Gefäße setzte er 50 bis 100 Vertreter der Mückenart pipiens, 10 der Gattung annulata, 10 Anopheles und 10 Weides. Alle diese Mücken wurden die letzten Tage vorher gekümmert nur bei Wasser gehalten, und nachdem sie ihr Hunger erhöht worden war, ging Dr. Martini nachts über in das Bett und in das Aquarium kam ein Pfeiff. Den nächsten Morgen wurden die Mücken herausgeflogen und ausgezählt, wer am meisten gestochen hatte. Das Resultat, also der Stich, ist leicht an dem blutgefüllten Hinterbein zu erkennen. Es ergab sich, daß die Hausmücke den Menschen viel seltener sticht, im Durchschnitt nicht einmal zu 5 Proz., gestochen hatte, den Vogel aber etwas mehr. Die Gattung annulata stach den Menschen fast zu 60 Proz., den Vogel gar nicht, die Anopheles stachen Martini in ungefähr 80 Proz. und den Vogel gar nicht. Die Weides beide fast sämtlich. Ist so also die verhältnismäßige Ungefährlichkeit unserer gemeinen Stachmücke erwiesen, so kommt diese Art im Hochsommer und Herbst bei uns doch in so ungeheuren Massen vor, daß selbst eine Stachmücke von 1 Proz. schon sehr viel ist und die Mückenplage, unter der wir manchmal leiden, erklärt.

Ein Märchenabend veranstaltet die Vllr. Vereinigung des Besten Lehrervereins am Donnerstag, 12. Jan., in der Aula des Reichs-Gymnasiums, Albrechtstr. 27. Will man sich an dem erg. ergibt für Erwählung des Volksmandats.

Das Orga-Institut Untersuchungs- und Fortbildungsinstitut für Arbeitswissenschaft und Vorkurs. — Leitung Dr. Kurt Vorleschke) eröffnet am 16. eine Reihe von Vorträgen aus dem Bereiche der Organisationswissenschaft und Betriebslehre. Die Geschäftsstelle befindet sich Friedrichstr. 154.

An der Berliner Psychologischen Gesellschaft findet Donnerstag 1/8 Uhr in der 20. Gemeindehalle, Charlottenburg, Reichstr. 43, Dr. 2111 über: Psychologische Betrachtungen zum Kloppeledder Nordprolog. Götterarten 3 R.

Die Bevölkerung Sowjet-Rußlands. Nach den Daten der sowjetrussischen Volkszählung vom Jahre 1921 betrug die Bevölkerung Zentralrusslands 54 168 900, des Westrusslands 6 018 000, des Ural 9 117 800, Sibiriens 14 817 000, des Kaukasus 13 877 100, der Ukraine und Strim 27 448 300, Turkestan 7 261 000, insgesamt 130 707 600. Am Jahre 1913 lebten auf dem gleichen Gebiete, aber ohne Sibirien, 149,1 Millionen.

Der Parteitag der USP.

BS. Leipzig, 10. Januar. (Eig. Drahtber.)

Zweiter Verhandlungstag.

Am heutigen zweiten Verhandlungstag, der gegen 110 Uhr eröffnet wurde, wurde die Aussprache fortgesetzt. Abgeordneter Dismann stellte mit Genugtuung fest, daß das Manifest den Gedanken der Einigung des Proletariats in den Vordergrund stelle. Dieses In-den-Vordergrund-stellen sei kein Parteitagsmandat, sondern von dem ernsten Willen der Partei getragen. Der Gedanke der Einigung der Arbeiterklasse auf dem Boden des Klassenkampfes des Proletariats müsse sich durchsetzen. Zur Frage des Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und Parteien betonte Dismann, daß den Gewerkschaften neben ihrer Forderung eine erhöhte Bedeutung dadurch beizumessen sei, daß sie alle Proletarier umfassen, die politisch noch in Parteien zerfallen sind. Die Moskauer hätten nach Halle richtig erkannt, daß sie, um wirklich Erfolg zu haben, vor allen Dingen an das Volkwerk der Gewerkschaften heran müßten. Sie haben aber

bei den Gewerkschaften auf Granit geblieben

und ihre Abspaltungsbewegung ist schmächtig zusehender geworden. (Sehr wahr!) Wir in der USP. waren uns gegenüber Moskau darin einig, daß die Gewerkschaften nicht einer Partei unterstellt werden können. Das sagen wir nicht nur nach Moskau hin, sondern auch nach der anderen Seite. Die Gewerkschaften können auch keine Sukzessorspolitik für die SPD. treiben. (Sehr richtig!) Heute, wo das Kapital in Krienskonjunktur stärker und gefährlicher als je besteht, ist es ein bitterer Hohn, wenn man uns sagt, es seien sozialistische Vertreter in der Regierung; ja wohl, in einer Regierung, die uns eine Schlichtungsordnung befiehlt, die einer Zuchtordnung gleicht. Die wirtschaftliche innen- und außenpolitische Entwicklung zwingt Gewerkschaften und Parteien, sich auf den Kampf zu konzentrieren. Der revolutionäre Teil der Gewerkschaften verlangt von den Parteien und von den Gewerkschaften, daß

die 10 Forderungen des ADB. und der Usa

nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern daß sie mit aller Kraft zur Durchführung gelangen. Glauben Sie nicht daran, daß von den Spitzen der ersten Kampfeswelle ausgehen würde, wenn nicht die Massen von selbst aufstehen und sagen: Bis hierher und nicht weiter. Führung und Massen müssen getrennt werden von allen bürgerlichen Koalitionen und ebenso auch von einer Verbindung mit Moskau, von einer Beeinflussung von Vorkriegspolitik. Keine Regierung, ob Koalitionsregierung oder bürgerlich, kann heute in Deutschland regieren oder etwas gegen das Proletariat unternehmen in dem Augenblick, wo

Gewerkschaften und Usa-Bund zusammen mit den Parteien

sich geschlossen zur Wehr setzen. (Stürmischer Beifall.) Es folgt dann der Bericht der Mandatsprüfungskommission, aus dem hervorgeht, daß auf den Parteitag 181 Delegierte, 13 Mitglieder der Reichstagsfraktion und 26 Mitglieder von Parteifirsten anwesend sind.

Zu einem interessanten Zwischenfall in der Aussprache kam es dann, als der bayerische Abgeordnete Kießlich auf die Zustände in Bayern und auf die

Beziehungen zwischen bayerischer und französischer Reaktion

einging. Nach einem Rückblick auf das System Bahr führte Kießlich aus: Das eigenartige Bündnis zwischen deutscher Reaktion und bayerischen Separatisten hatte zwei Parolen zur Folge. Die eine richtete sich gegen die Arbeiterklasse, gegen die jedes Mittel, Schühtheit, Mord, Volksgerichte usw., angewandt wurde; die zweite Parole richtete sich gegen das Reich. Der bayerische Separatismus, der über die Abschaffung der bayerischen Hoheiten empört war, versucht jetzt aufs neue, sich diese Hoheiten wieder zu erringen. Beim Eisenbahnfinanzgesetz will man die bayerische Verkehrs-hoheit wieder gewinnen, ebenso steht es mit der Finanzhoheit und der bayerischen Wasserstraßen-politik. Außerdem will man sich auch noch „königliche Hoheiten“ wieder verschaffen. Der Staatspräsident, wie ihn Bayern erstrebt, soll der Plakhalter für Kuprecht sein, der ja schon einmal die Proklamierung zum Königreich in der Tasche getragen hat. Mehr ist gegangen und Versehenfeld ist am Ruder. Aber das System ist das alte geblieben. Die Beziehungen zwischen Bayern und Frankreich sind alt. Heute hoffen die bayerischen Separatisten, daß mit Unterstützung Frankreichs Bayern zu der Bedeutung gelangt, die seiner Größe entspricht, daß es das Jünglein an der Woge wird. Sie versuchen,

zwischen Deutschland und Frankreich neues Mißtrauen zu säen. damit Bayern dann der ausschlaggebende Faktor wird. Wir alle verabsäumen den Krieg und sagen unseren französischen Genossen, Frankreich hat zu seiner Sicherung keine Versöhnungspolitik notwendig, es braucht nicht die Unterstützung der bayerischen Reaktion. Die einzige deutsche Republik wird nie eine Gefahr für Frankreich werden. Im Namen der gesamten bayerischen Arbeiterklasse rufen wir den französischen Genossen zu: Helft uns, daß die Fäden, die zwischen Deutschland und Frankreich laufen, von Paris nach Berlin, aber nicht nach München gehen.“ (Lebhafter Beifall.)

Das Mitglied der französischen Delegation Grumbach antwortete auf diese Ausführungen: Die bayerische Angelegenheit ist eine Frage von europäischer Bedeutung. Bayern ist heute nicht mehr das fleibliche Knädelbrot, sondern ein Museum für alle alten Vorkriegsbauteile Europas. (Stürmische Heiterkeit.) Die französische Reaktion trägt an diesen Zuständen ein gerütteltes Maß Schuld. Nach der Revolution in Deutschland war die französische Regierung wohl einverstanden mit den Militaristen.

die sie vorher bekämpft hatte, nicht aber mit der bayerischen Regierung Eisners in Verbindung zu treten. Die Einigkeit der deutschen Republik ist für die Erhaltung des deutschen Friedens notwendig. Es muß endlich mit der gegenseitigen Bekämpfung der Menschen Schluss gemacht werden. (Lebhafter Beifall.)

Als nächster Redner sprach Dr. Hilferding: Die beste Garantie für Frankreich sowohl wie für den Weltfrieden, so führte er aus, ist die Bekämpfung einer Wiedererstarkung des Militarismus in Deutschland. In dieser Bekämpfung wird die deutsche Arbeiterklasse mit allen Mitteln arbeiten. Als augenblicklichen Verhandlungen in Cannes sind eine Folge des Zuaniges der ökonomischen Verhältnisse, die wir bereits vor längerer Zeit vorausgesehen haben. Diese Bepfahrungen können heute als der eigentliche Beginn der Friedensverhandlungen bezeichnet werden. (Sehr richtig.)

Dr. Rosenfeld: Es ist bedauerlich, daß sich in der deutschen Delegation, die nach Cannes geht, kein einziger Arbeiter befindet. Die internationalen Schwierigkeiten können doch nur durch die internationale Arbeiterklasse beigelegt werden. Dr. Rosenfeld ging dann auf das Manifest ein, das dem Parteitag vorgelegt worden ist, und bezeichnete es als erfreulich, daß es in der Frage der Koalitionspolitik Klarheit schafft, und daß es in ihm die Ablehnung der indirekten Steuern zum Ausdruck kommt.

Künstler-Berlin behauptet, daß an dem Indifferentismus der Massen, der sich heute mehr denn je zeigt, die Politik der SPD. und der Kommunisten die Schuld trage. Der Kampf um die zehn Forderungen des ADB. und der Usa werde die Massen zusammenschließen.

Die Rechtslage der Deutschösterreicher und Deutschböhmern in Deutschland behandelt eine sehr klar geschriebene und mit allen einschlägigen deutschen und ausländischen Gesetzen belegte Broschüre Dr. Richard Rischlers, des Generalsekretärs des Oesterreichisch-deutschen Völkerverbundes. Alle Fragen der Einbürgerung, Ausweisung usw. finden erschöpfende Beantwortung — und die traurige altbürokratische Gleichgültigkeit gewisser reichsdeutscher Behörden betreffende Beleuchtung.

Rundfunk.

Die schweren Stürme der letzten Wochen haben bekanntlich auch die Telegraphenleitungen stark beschädigt und gestört. Dabei sind jetzt in größerem Umfang die funktelegraphischen Verbindungs-möglichkeiten als Ersatz für die gestörten Drahtverbindungen erfolgreich ausgenutzt worden. In erster Linie wurde die seit einiger Zeit bestehende Einrichtung des Rundfunkdienstes in den Dienst der Störungsbeseitigung gestellt, wobei von Berlin ausgehende Nachrichten gleichzeitig bei etwa 70 Telegraphenanstalten im Reich aufgenommen werden; wichtige und eilige Nachrichten wurden mittels dieses Rundfunks unverzüglich verbreitet.

Ueberhaupt haben die innerdeutschen Reichsfunkverbindungen wesentlich dazu beigetragen, Ersatzwege für die gestörten Verbindungen zu bieten, so besonders im Verkehr mit Ostpreußen, das wegen seiner abgetrennten Lage bei Störungen der Drahtverbindungen in stärkerem Maße betroffen wird. Mit Königsberg i. Pr. wurden in der Störungszeit je nach Lage des Verkehrs zwei Funksysteme Tag und Nacht betrieben. Im Verkehr mit den nordischen Ländern hat die Funktelegraphie gleichfalls helfend eingegriffen. Unter anderem wurde der von deutscher Seite an die schwedische Funksation Karlsborg ergehende Anruf umgehend beantwortet und der Betrieb sofort aufgenommen; zwischen beiden Stationen wurden z. B. in einer Nacht rund 1000 Telegramme verarbeitet. In gleicher Weise ist während der Störungszeit auch der deutsch-norwegische Telegraphenverkehr auf dem Funkwege zwischen Berlin und Kristiania abgewickelt worden.

Der Verkehr auf dem innerdeutschen Funknetz ist auch zu normalen Zeiten in erfreulicher Zunahme begriffen; er beläuft sich jetzt auf monatlich 240 000 Telegramme (gegen 80 000 im Frühjahr 1921).

Eröffnung des Blühfunkverkehrs Berlin—Hamburg.

Heute ist der versuchsweise eingeführte Blühfunk-Telegramm-verkehr zwischen Berlin und Hamburg, bei dem es sich darum handelt, innerhalb der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags Telegramme von ganz besonderer Wichtigkeit mit großer Schnelligkeit zu übermitteln, durch das nachfolgende Telegramm eröffnet: „Eröffnung hierdurch probeweise Blühfunkdienst Berlin—Hamburg und erhoffe durch neue Einrichtung schnellere Beförderung wichtiger Nachrichten. Staatssekretär Dr. Bredow.“ Das Telegramm wurde um 9 Uhr vormittags beim Haupttelegraphenamts Berlin, Oranienburger Str. 73/76, aufgeschickt, 9:03 Uhr drahtlos nach Hamburg befördert, um 9:05 Uhr durch die Funkstelle des Telegraphenamts Hamburg bestätigt und war 9:10 Uhr dem Empfänger zugesprochen.

Zusatz von der Wohnungsbeklagnahme.

Ablösungsgelder für einen städtischen Baufonds. Der Berliner städtische Wohnungsausschuss hat gestern dem Entwurf einer Bekanntmachung des Magistrats zugestimmt, durch die die bisher bestrittene Frage einheitlich geregelt werden soll, wie große Wohnungen, die sich in kleineren Wohnungen nicht teilen lassen, trotzdem zu den Kosten der Wohnungsherstellung herangezogen werden können.

Nach der Verordnung können Räume mit übergroßen Wohnungen von der Wohnungsbeklagnahme freigelassen werden, wenn der Inhaber sich der Stadt Berlin gegenüber verpflichtet, entweder soviel Wohnräume, als er abgeben müßte, anderweitig der Stadt zu einem zu vereinbarenden Mietzins oder zur gefälligen Miete und zwar für die Zeit der Wohnungszwangswirtschaft zur Verfügung zu stellen oder aus eigenen Mitteln eine neue Wohnung in der Größe der zu beanspruchenden Wohnfläche zu erbauen und der Stadt zur Verfügung zu stellen oder aber dem städtischen Wohnungsfonds eine einmalige Zahlung zu leisten in Höhe der Kosten, die zur Herstellung einer Wohnung in der Größe der in Anspruch zu nehmenden Wohnfläche notwendig sind. Die Entscheidung hierüber trifft in einzelnen die zuständige Deputation des Verwaltungsbezirks. Die im letztgenannten Falle gezahlten baren Ablösungsgelder sollen in einen besonderen städtischen Wohnungsbaufonds fließen; dieser darf nur zur Errichtung von Wohnungsbauten oder zur Herichtung von Wohnungen und Ausbauten verwendet werden. Von diesen Verpflichtungen sollen Neubauten, die nach dem 29. November 1920 fertiggestellt sind, freibleiben.

Ferner beschloß der Wohnungsausschuss wegen der Verteilung der Ablösungsgelder, daß sie zur Hälfte den Gelegenheitsbezirken, zur anderen Hälfte der gemeinsamen Masse zuzuführen und aus dieser nach einem noch festzusetzenden Schlüssel auf alle 20 Verwaltungsbezirke verteilt werden sollen. Die Bekanntmachung unterliegt nach dem Beschluß des Magistrats, der sich bereits in nächster Zeit damit beschäftigen dürfte.

Der Watermord in Buchholz.

Das Geständnis der 20 Jahre alten Tochter Elisabeth Balthaus aus der Berliner Straße zu Buchholz, selbst ihren Vater umgebracht zu haben, hat, wie wir schon mitteilten, unter allen Personen, die das Mädchen kannten, eine große Ueberraschung hervorgerufen. Alle sind davon überzeugt, daß nur die völlige Verzweiflung das Mädchen dahin getrieben habe, daß es schließlich zur Watermörderin wurde. Ein großer Kreis von Leuten aus Buchholz und Niederhohenhausen, die die Verhältnisse genau kennen, hat sich zusammengesetzt, um jetzt und auch später vor Gericht für das Mädchen einzutreten. Bei der Kriminal-polizei melden sich immer neue Zeugen, die bekunden, wie schrecklich Frau Balthaus und die Tochter unter den Gewalttätigkeiten des Mannes gelitten haben. Er war, wie berichtet, Gewohnheits-trinker und arbeitsscheu. Er lebte von dem Lohn der Tochter, da die Mutter infolge der schweren Mißhandlungen schon längere Zeit arbeitsunfähig war. Einzelheiten, die diese Zeugen auslegen, lassen erkennen, daß der Mann Frau und Tochter mit tierischer Rohheit behandelt hat. Balthaus scheute vor nichts zurück, und an dem fraglichen Abend war das Mädchen von einer solchen Angst befallen, daß es bei Begehung der Tat jedenfalls nicht mehr seiner Sinne mächtig war.

Uebersall Regenfälle.

Wie aus Freiburg gemeldet wird, hat der seit Montag eingetretene starke Witterungsumschlag ausgiebige Regenfälle gebracht, die sogar noch in 1000 Meter Höhe niedergehen, während es in den höchsten Lagen des Schwarzwaldes noch weiter schneit. Die Wasserläufe des Schwarzwaldes führen starke Wasser-massen zu Tal. Der Wasserstand des Rheins hat sich so weit gehoben, daß die Schiffsahrt nach den oberen rheinischen Höfen und nach Basel wieder aufgenommen werden kann.

Potsdamer Platz — Teltow — Mauthener Schleuse.

Die Vorteile, die das neue Groß-Berlin seiner Bewohner bringt, machen sich auch auf dem Gebiete des Verkehrs immer mehr bemerkbar. Durch die Einbeziehung der Teltower Kreis- (Straßen-) Bahnen in den allgemeinen Groß-Berliner Straßenbahnverkehr wird es im kommenden Sommer möglich sein, daß direkte Straßenbahnzüge vom Stadlinnern, z. B. Potsdamer Platz, nach Teltow im Berufsverkehr an den Wochentagen und vom Potsdamer Platz nach Stahnsdorf-Friedhof-Machnower Schleuse an den Sonntagen gefahren werden können.

Eine wesentliche Verkehrsverbesserung ist auch aus Steglitz zu melden. Dort ist am Rathaus durch eine Gleisverbindung die Durchführung der Linie 59 (bisher Weihenjer—Händelpflog) nach dem Bahnhof Sanktitz ermöglicht worden, während eine zweite neue

Verbindung die Aufnahme eines direkten Straßenbahnverkehrs ohne Umsteigen zwischen den Ortsteilen (Brunnwald)—Dahlem—Steglitz und dem Stadlinnern möglich macht. Damit ist auch eine wesentliche Verbesserung des Ausflugsverkehrs vorbereitet worden, die sich im Sommer bemerkbar machen wird, da durch die Linie 24 der Brunnwald und durch die Linie 59 der Botanische Garten und andere Ausflugsorte leichter als bisher erreichbar sind.

Schießerei eines Franzosen. Große Aufregung verursachte in der vergangenen Nacht eine Schießerei in der Prinz-Albrecht-Straße. Der 25 Jahre alte, aus Paris gebürtige Bosse Bela, der bei der Internationalen Reparations-Kommission in der Prinz-Albrecht-Str. 9 beschäftigt ist, zog kurz vor 2 Uhr, als er offenbar betrunken aus seiner Hotelwohnung heraustrat, plötzlich eine Schuß-waffe und gab daraus sieben Schüsse ab. Um Unheil zu verhüten wurde der Schütze von Beamten des 52. Polizeireviere festgenommen und heute früh der Internationalen Kommission zugeführt. Nach den bisherigen Feststellungen der Polizei ist, obwohl sich zu dieser Zeit mehrere Personen in der Straße befanden, niemand verletzt worden.

Vorläufig keine Ablieferung der Steuermarken für 1921. Zu der auch von uns bekanntgegebenen Verordnung des Reichsministers, durch die die Ablieferung der für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken an die Steuerbehörden im Laufe des Januar gefordert wird, enthält lediglich die grundsätzliche Regelung für das Reichsgebiet. Für Berlin wird der Termin für die Markenabgabe, einer Mitteilung des Nachrichtenamtes der Stadt Berlin zufolge, mit Rücksicht auf den Stand des Veranlagungs- und Erhebungsgeheimnisses für 1920 voraussichtlich auf den Monat März 1922 hinausgeschoben werden. Eine Bekanntmachung des Landesfinanzamtes ist in Kürze zu erwarten. Ein Nachteil erwächst den Steuerpflichtigen aus der Abgabe zu dem späteren Termin nicht.

Mutterschulturnus. Im Kaiserin-Auguste-Viktoria-Haus, Charlottenburg, Frankstraße (am Straßenbahnhof Westend) beginnt am 19. Januar 1922 ein Kursus für Mütter und Mädchen, in dem all das theoretisch und praktisch gelehrt werden wird, was eine Frau von der Pflege und Ernährung des Säuglings wissen muß. Der Kursus umfaßt 4 Doppelstunden, jeweils Donnerstag von 8—5 Uhr. Es wird großer Wert auf praktische Übungen am lebenden Kinde gelegt. Einschreibgebühr für den Gesamtkursus 50 P. Meldungen im Bureau der Anstalt.

Ueber „Weg zu neuem Menschtum“ spricht Genosse Professor Paul Dehreck am Mittwoch, 11. Januar, 7 1/2 Uhr, im Römischen Gymnasium, Inselstraße (am Untergrundbahnhof Inselbrücke).

Das Radrennen im Sportpalast vom Sonnabend abend 18. Sonntag abend war nicht, wie wir meldeten, ein 25-Kilometer-, sondern ein 25-Stunden-Rennen.

Eisenbahnunglück an der tschechischen Grenze.

Einem Telegramm aus Prag zufolge ist der Personenzug Kaschau—Oberberg nachts bei Liptoska-Tepla infolge Gleisbruchs entgleist. Drei Wagen sind über den Damm gekürzt. 23 Personen sind leicht, 5 schwer verletzt. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen aufrechterhalten.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Mild und zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe mit wiederholten Regenschauern und frischen, westlichen Winden.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der Inventurausschuss bei der Herrenkonfektionsfirma E. Joseph, Schöneberg, Hauptstraße 1, des Grunewaldstrasse, hat begonnen. Wir verweisen auf das Inserat in vorliegender Nummer.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Filmgewerkschaft.

Die Ortsgruppe Groß-Berlin der Deutschen Filmgewerkschaft hielt am Sonntag ihre Generalversammlung ab. Ueber die Tätigkeit des Vorstandes und die Kassenlage wurde von Schwenk berichtet. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß die Gewerkschaft sich mit anderen Organisationen kartelliert hat, um die Interessen der Kollegen mit größerem Nachdruck vertreten zu können. Mit den Unternehmern ist großes Erreichen besserer Arbeitsbedingungen verhandelt, ein befriedigendes Ergebnis jedoch bisher nicht erreicht worden. Doch sollen die Verhandlungen am nächsten Mittwoch fortgesetzt werden. Hierauf gab der Redner den Bericht über die Kassenlage. Seitens der Revisoren gab Schwenkenhaus die Erklärung ab, daß man bei der Prüfung Kasse und Belege in guter Ordnung befunden habe. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. In der Aussprache wies Schwenkenhaus darauf hin, daß eine größere geistige Durchbildung und gewerkschaftliche Schulung der Massen dringend erforderlich sei für die Zukunft der Gewerkschaft. Es müsse insbesondere auch auf die Verbreitung der Arbeiterpresse hingewirkt werden. In diesem Sinne sprach auch Kunow.

Degener berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses, der weiter bestehen soll.

Ferner wurde beschlossen, vom Februar ab folgende Beitragsbeiträge, einschließlich Ortszuschlag, zu erheben: 1. Klasse 1,50 M., 2. Klasse 2 M., 3. Klasse 3 M., 4. Klasse 4 M., 5. Klasse 5 M. und 6. Klasse 7 M.

Lohnverhandlungen in der Herrenkonfektion.

Die Mitgliederversammlung der im Deutschen Bekleidungsarbeiterverband organisierten Zuschneider, Zuschneiderinnen, Schneider und Schneiderinnen, die am Montag zu dem Ergebnis der am gleichen Tage im Reichsarbeitsministerium gestopfenden Lohnverhandlungen Stellung nehmen wollte, mußte hieron absehen, weil der Schiedspruch noch nicht vorlag. Die Verhandlungskommission war um 10 Uhr abends noch nicht zurück. Wie Kowalski mitteilte, sei anzunehmen, daß die Verhandlungen nicht beendet werden konnten und deshalb vertagt werden müßten. Die Ortsleitung werde eine neue Versammlung einberufen.

Bei der Neuwahl der aus 11 Mitgliedern bestehenden Branchenkommision wurden gewählt: Kowalski, Frau Bretschneider, Bujarski, Dombrowska, Duade, Fehner, Borch, Bode, Schön, Halle und Hermann.

Eine Resolution, die gegen den Ausschluß Schumachers protestiert und die Einberufung einer Generalversammlung zur Entscheidung verlangt, fand die Zustimmung der Versammlung.

In der Buchdruckerei Moriz u. Nummer, Elisabethstr. 27, hat das gesamte Personal wegen Maßregelung des Obmannes vom Betriebsrat die Arbeit niedergelegt. Arbeitsangebote der Firma sind unbedingt abzulehnen! Graphisches Kartell.

SPD.-Fraktion der Landarbeiter. Heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 1: Vortrag des Genossen Heimann.

Der Streik der südafrikanischen Bergarbeiter. Nach Meldungen aus Johannesburg arbeiten in den südafrikanischen Bergwerken nur noch die kaufmännischen und technischen Angestellten und ein Teil der Eingeborenen, während die weißen Arbeiter geschlossen den Streik durchführen. In den Gewerkschaften wird eine Urabstimmung über einen allgemeinen Generalstreik veranfaßt, nach deren Beendigung die Gewerkschaftssekretive die endgültige Entscheidung treffen wird. Die Regierung hat vor Ausbruch des Bergarbeiterstreiks große Kohlenvorräte gesammelt.

Verantw. für den redakt. Teil: Franz Altko. Berlin-Charlottenburg; für Anzeigen: Ch. Meißel, Berlin. Verlag: Franz Altko. Berlin. Druck: Hermanns-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 1.

